

| [Zürich](#) | Polizeieinsätze im Kanton Zürich: Das Parlament will, dass Chaoten und Klimakleberinnen zahlen

**Abo** [Zürcher Kantonsrat](#)

# Parlament will Chaoten und Klimakleberinnen zur Kasse bitten

Wer an Demonstrationen vorsätzlich Polizeikosten verursacht, soll für diese aufkommen müssen. Das Zürcher Parlament unterstützt einen Gegenvorschlag zur Anti-Chaoten-Initiative.



Wer an einer unbewilligten Demo vorsätzlich Polizeikosten verursacht, soll härter angefasst werden: Polizeikräfte an einer Nachdemo am 1. Mai 2023.

Foto: Urs Jaudas

Klimakleber blockieren Strassen, an der Nachdemo zum 1. Mai fliegen Steine: Unbewilligte Demonstrationen und Veranstaltungen führen immer wieder zu Gross-einsätzen der Polizei. Das Zürcher Kantonsparlament will nun, dass die Verursacherinnen und Verursacher künftig häufiger für die entstandenen Polizeikosten aufkommen.

Das Parlament diskutierte am Montag die Anti-Chaoten-Initiative der Jungen SVP. Diese fordert, dass Veranstalter und Teilnehmende von unbewilligten Demonstrationen konsequent für die Kosten von Polizeieinsätzen und Sachbeschädigungen aufkommen müssen.

## Demonstrationen brauchen Bewilligung

Kundgebungen sollen neu einer Bewilligungspflicht unterstehen. Zudem müssten auch Hausbesetzerinnen und -besetzer die Kosten von Hausräumungen bezahlen.

Im Kantonsrat unterstützte nur eine Minderheit aus SVP und FDP die Initiative. Mehr Zustimmung löste der Gegenvorschlag aus, welcher die Kernforderung mit einer Einschränkung aufnimmt: Die Kosten für ausserordentliche Polizeieinsätze sollen dann zwingend auf die verursachende Person abgewälzt werden, wenn diese vorsätzlich gehandelt hat. Auch der Gegenvorschlag hätte eine Bewilligungspflicht für Demonstrationen zur Folge.

Eine deutliche Mehrheit aus 155 Ja-Stimmen (zu 55 Nein) sprach sich für den Gegenvorschlag aus. Neben SVP und FDP stimmten auch die Reihen von GLP, Mitte und EVP zu.

## Linke Stadt Zürich stellt keine Rechnungen aus

Die Gesetzeslage sieht heute bereits die Möglichkeit einer Kostenverrechnung nach Verursacherprinzip vor. Dies genügt nach Ansicht der linken Kantonsratsmitglieder.

Die bürgerlichen Kräfte im Rat sind aber der Ansicht, dass die Kosten bisher noch zu selten auch tatsächlich überwält werden – insbesondere in der links regierten



Stadt Zürich, wo es am häufigsten zu Ausschreitungen kommt, sei dies nie der Fall. Dort will das Stadtparlament den entgegengesetzten Weg gehen und die Regeln für Demonstrationen mit einer Melde- anstelle einer Bewilligungspflicht lockern.

---

## «Kommt die Stadtpolizei Zürich, wird keine Rechnung ausgestellt. Kommt die Kantonspolizei, hingegen schon.»

Sandro Strässle, Junge SVP

---

Mit einer vorgeschriebenen Bewilligungspflicht und einer zwingenden Kostenüberwälzung würde der Kanton die Stadt Zürich (und alle anderen Gemeinden) übersteuern. Heute hänge es vom Zufall ab, ob ein gewalttätiger Demonstrant eine Rechnung erhalte, sagte der Initiant Sandro Strässle von der Jungen SVP. «Kommt die Stadtpolizei Zürich, wird keine Rechnung ausgestellt. Kommt die Kantonspolizei, hingegen schon.»

Und Angie Romero (FDP, Zürich) sagte: «Bei allem Respekt für die Gemeindeautonomie: Wenn eine Demonstration aus dem Ruder läuft und die Kantonspolizei eingreifen muss, dann kostet uns das alle etwas.»

## Mario Fehr begrüsst Gegenvorschlag

Auch der Sicherheitsdirektor Mario Fehr sprach am Montag im Parlament von einer Rechtsungleichheit im Kanton Zürich. «Die Gesetze werden unterschiedlich interpretiert, darum habe ich Verständnis für das Anliegen, dies straffer regeln zu wollen.»

Die Regierung hat den Gegenvorschlag ursprünglich formuliert; dieser wurde dann von der Kommission leicht verschärft. Die Regierung unterstützt den Gegenvorschlag und lehnt die Initiative ab. Letztere verlange einen nicht umsetzbaren Automatismus, so Fehr.

## Unmut in der Bevölkerung

Gleich argumentieren die Parteien aus der Mitte, die sich nur für den Gegenvorschlag aussprachen. Die Initiative sei nicht umsetzbar und würde grossen bürokratischen Aufwand verursachen, sagte Andrea Gisler (GLP, Gossau). Mit dem Gegenvorschlag werde das Demonstrationsrecht gewahrt, er gebe der Polizei aber bessere Mittel zur Hand, um die Kosten abzuwälzen.

Die Mitte-Partei verortete einen Unmut in der Bevölkerung. Für den gemeinen Bürger sei nicht verständlich, wenn Randalierer nicht für die Kosten aufkommen müssten, sagte Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch).

### «Anti-Demokratie-Initiative»

Dezidiert gegen die Initiative und den Gegenvorschlag stellten sich die linken Parteien SP, Grüne und AL. Das brachte ihnen den Vorwurf der SVP ein, sie schützten ihre eigene Klientel.

«Wie so oft bei SVP-Initiativen geht es hier nicht um konstruktive Lösungen. Sondern darum, komplexe Realitäten und Probleme zu simplifizieren und politische Gegnerinnen als Sündenböcke zu definieren», sagte Leandra Columberg (SP, Dübendorf), welche die Minderheit der zuständigen Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) vertrat.

---

**«Die Kosten für das Geldeintreiben werden x-fach höher ausfallen als die eingetriebenen Summen.»**

Lisa Letnansky (AL)

---

Friedlicher Aktivismus werde kriminalisiert, so Columberg. Dies habe einen «Chilling Effect» zur Folge: Die drohende Repression halte die Bevölkerung davon ab,

von ihrer Meinungsfreiheit Gebrauch zu machen. Silvia Rigoni (Grüne, Zürich) sprach deshalb nicht von einer «Anti-Chaoten-», sondern einer «Anti-Demokratie-Initiative».

Polizeieinsätze würden zum Grundauftrag des Staates gehören, sagte Lisa Letnansky (AL, Zürich). Nach der Logik der Initianten müssten auch die Aufwände für Verkehrskontrollen den Autofahrern, die zu schnell fahren, verrechnet werden. Auch ökonomisch sei das Vorhaben zweifelhaft: «Die Kosten für das Geldeintreiben werden x-fach höher ausfallen als die eingetriebenen Summen», sagte Letnansky.

## Ländliche Gegend will eher durchgreifen als die Sadt

Total 8836 Antworten, in Prozent (gerundet)

### «Sollen Personen, die unbewilligte Demonstrationen veranstalten, die Rechnung für Polizeieinsätze und angerichtete Schäden übernehmen müssen?»

	Ja	Eher ja	k. A.	Eher nein	Nein
Total		62	50	18	9 9
Grosse und kleine Städte		55	19	12	12
Umland (Agglomeration)		65	17	8	9
Ländlich		68	18	4	6 4

Grafik: zac; Quelle: TA-Umfrage, Sotomo; [Daten herunterladen](#)

Das letzte Wort hat die Stimmbevölkerung, die an der Urne über die Initiative und den Gegenvorschlag befinden wird. In einer Ende 2022 durchgeführten [Sotomo-Umfrage](#) im Auftrag von Tamedia sprach sich eine überwältigende Mehrheit für das Anliegen der Initiative aus. Auf die Frage, ob Personen, die unbewilligte Demonstrationen veranstalten, die Rechnung für Polizeieinsätze und angerichtete Schäden übernehmen sollten, antworteten 80 Prozent mit Ja oder zumindest «eher Ja». Nur 18 Prozent sprachen sich gegen eine Weiterverrechnung der Kosten aus.

**Jigme Garne** ist Redaktor und Blattmacher im Ressort Zürich Politik & Wirtschaft. Er studierte Kommunikation an der ZHAW in Winterthur. [Mehr Infos](#)

 [@jig\\_g](#)

Fehler gefunden? [Jetzt melden.](#)

**22 Kommentare**